

Evaluierung der IDD – Auswertung der BVK-Umfrage

von RAin Anja C. Kahlscheuer

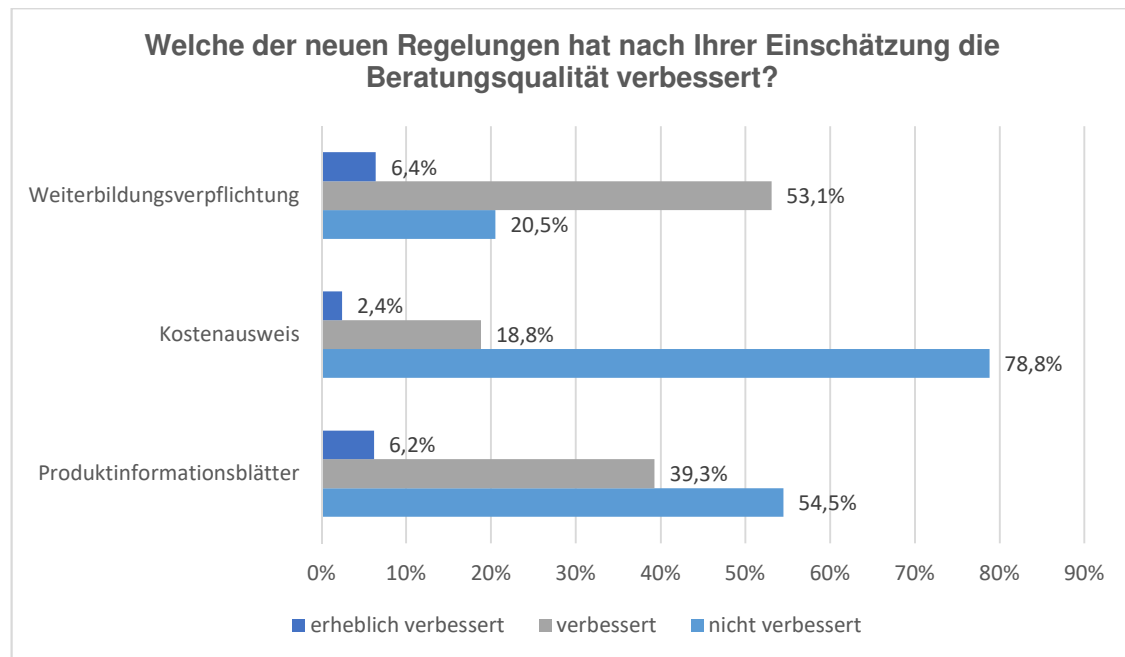
Die IDD soll im Jahre 2021 evaluiert werden. Dabei soll geprüft werden, ob die Regelungen angemessen in die nationalen Rechtsrahmen eingebunden wurden und ob sie die von der EU beabsichtigten Wirkungen der Harmonisierung der rechtlichen Regelungen und der Verbesserung des Verbraucherschutzes entfaltet haben. Die europäische Aufsichtsbehörde EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority) hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die Ergebnisse für die Europäische Kommission vorzubereiten. Aus diesem Grund hat sie Mitte November 2020 im Rahmen eines Konsultationsverfahrens einen Fragebogen im Internet veröffentlicht, in dem alle sogenannte „Stakeholder“ zu Wort kommen sollen. Die Frist zur Beantwortung endet am 01. Februar 2021, EIOPA selbst will ihren Bericht im vierten Quartal 2021 der Europäischen Kommission vorlegen.

Da der EIOPA-Fragebogen viele objektive Nachweise zu verschiedenen Fragestellungen fordert, hat der BVK unter seinen Mitgliedern eine Online-Befragung durchgeführt. An der Umfrage, die im Dezember 2020 durchgeführt wurde, haben knapp 500 Teilnehmer Antworten zu den Fragestellungen geliefert. Alle Teilnehmer sind Vermittler mit kleineren oder mittelgroßen Vermittlerbetrieben, so dass eine empirisch bereit gelegte und objektive Beantwortung aufgrund der Auswertung der Vermittlerbefragung abgegeben werden kann.

Inhalte der Auswertung:

1. Verbesserung der Beratungsqualität

An erster Stelle der Befragung steht die Qualität der Beratung. Es soll insbesondere eine Abschätzung darüber abgegeben werden, ob die Regelungen in der IDD zu einer Verbesserung der Beratung beigetragen haben. Als Indikatoren wurden hier abgefragt die Weiterbildungsverpflichtung hinsichtlich der Beratungsqualität, der Kostenausweis und die erweiterten Produktinformationsblätter.

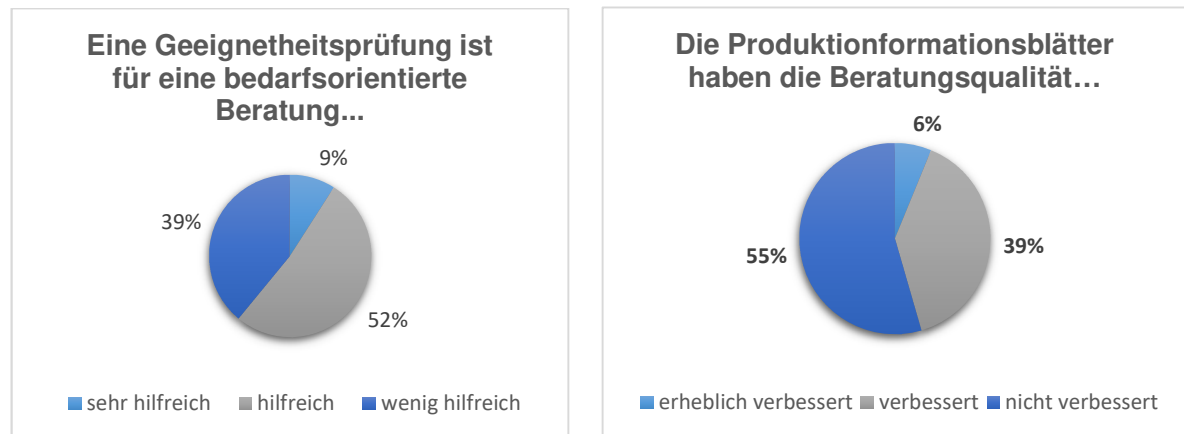


Bereits mit Einführung der IMD war eine Erstqualifikation für Versicherungsvermittler seit Mai 2007 in Deutschland hinreichend geregelt. Die IDD knüpft mit einer jährlichen Weiterbildungsverpflichtung hierin an. Die Versicherungsbranche hatte darüber hinaus mit Ihrer Initiative „gut beraten“ schon im April 2014 eine Einrichtung geschaffen, die zwar nicht gesetzlich verpflichtend war, dennoch den registrierten Vermittlern eine Möglichkeit gab, Bildungskonten zu führen und Weiterbildungsstunden dokumentieren.

Bereits im Jahr 2020 lag die Zahl der aktiven Bildungskonten dieser freiwilligen Brancheninitiative bei über 150.000. Die Abfrage hat ergeben, dass die Betroffenen die Weiterbildungsverpflichtung so wie sie derzeit durch die IDD vorgegeben ist, ambivalent sehen. 40 % der Vermittler sind der Auffassung, dass die Weiterbildungsverpflichtung die Qualität nicht verbessert hat, 50 % sind der Meinung, dass sie sie nicht erheblich verbessert hat

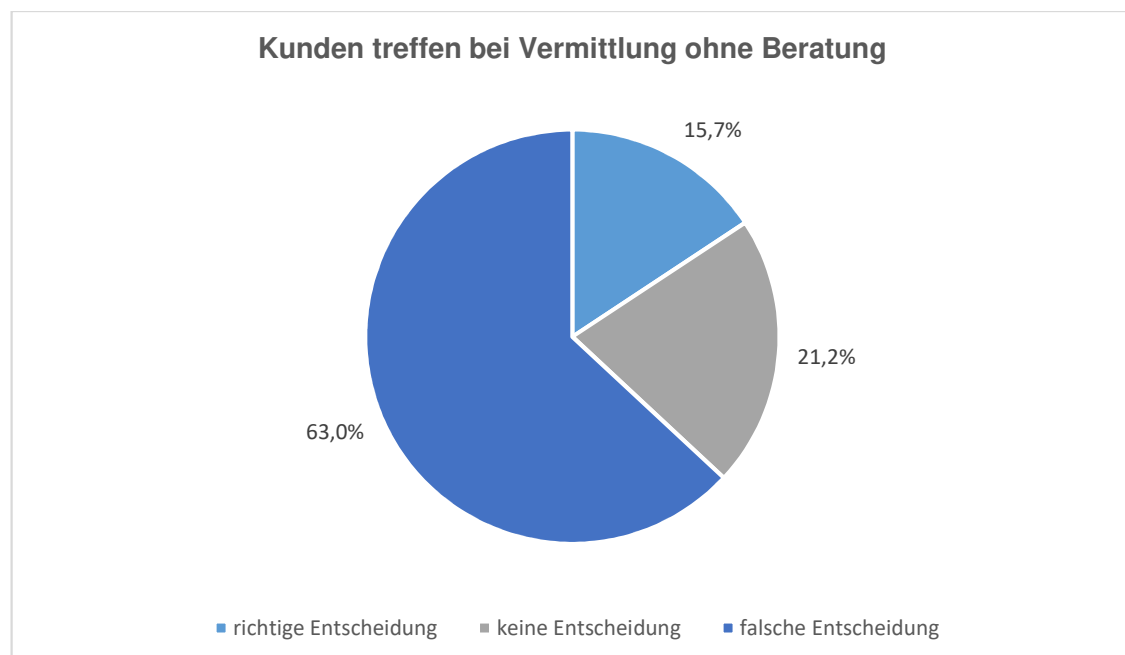
In Bezug auf die Geeignetheitsprüfung ist festzuhalten, dass es schon vor der IDD Bedarfsanalysen gab. Nunmehr hat dieser verpflichtende Charakter. Knapp 40 % der befragten Vermittler geben an, dass die Geeignetheitsprüfung nicht zielführend für eine bedarfsorientierte Beratung und Vermittlung sind und knapp die Hälfte der befragten Teilnehmer sind sogar der Auffassung, dass die abgefragten Informationen zu aufwändig sind.

Hinsichtlich der komplexen Produktinformationsblätter sind knapp 55 % der Meinung, dass diese keine Verbesserung in Bezug auf die Beratungsqualität gebracht haben.



2. Verkauf ohne Beratung

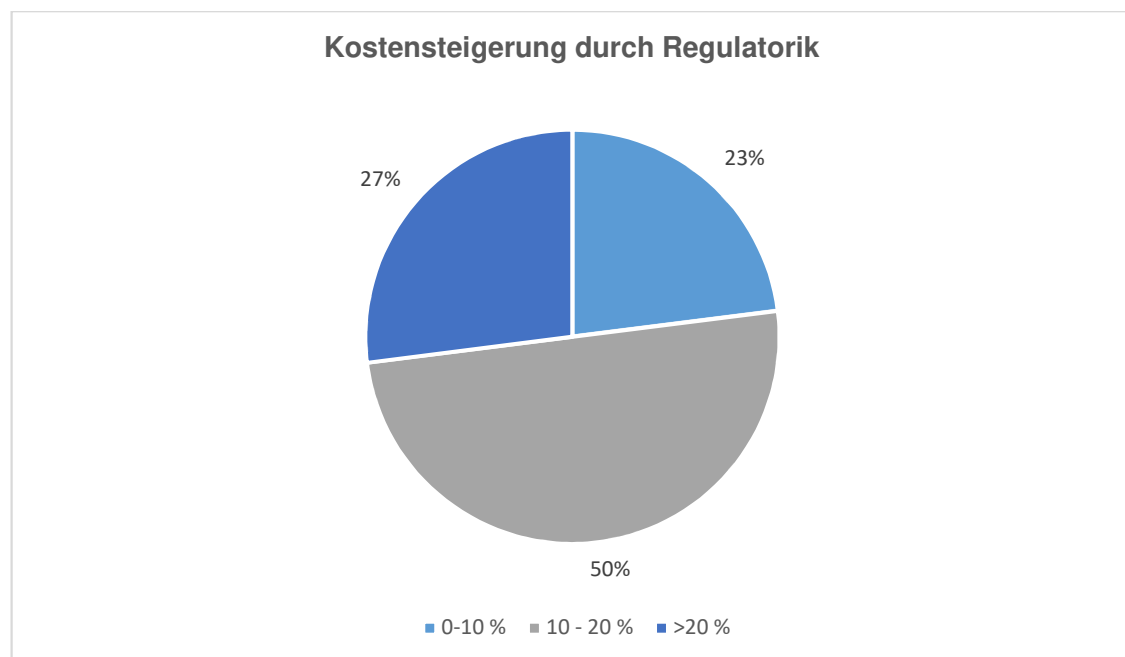
Versicherungsprodukte sind grundsätzlich ohne mangelnde, ausreichende Fachkenntnisse mit gewissen Unsicherheiten verbunden. Ein kompetenter Berater ist daher notwendig, damit Verbraucher, die ohne besondere Fachkenntnisse Verträge abschließen wollen, zu den richtigen Produkten finden. Dieses Ergebnis bestätigt auch die Vermittlerbefragung. Nach Einschätzung der Vermittler, die Tag täglich mit den Kunden im Gespräch sind, sind mit 63 % die überwiegende Mehrheit der Auffassung, dass Verbraucher ohne Beratung falsche Entscheidungen treffen würden. 21,2 % sind sogar der Auffassung, dass es dann zu keinen Abschlüssen kommen würde.



3. Auswirkungen der gesetzlichen Regelungen

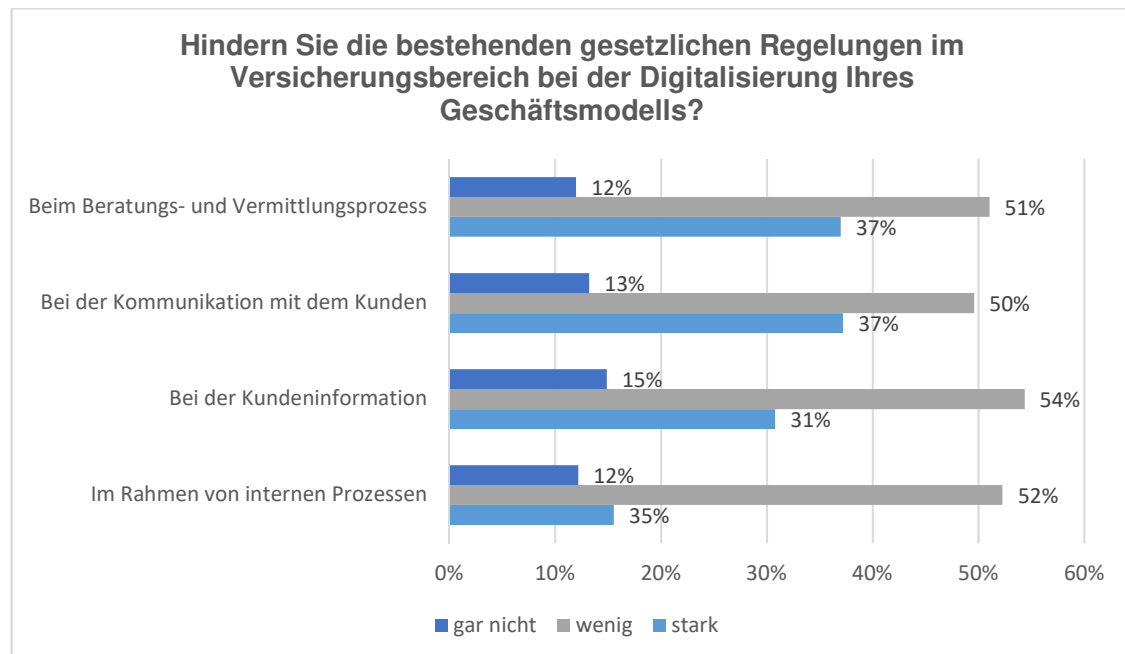
Im Weiteren wurde abgefragt, welche Auswirkungen der Zuwachs an neuen Gesetzen im Versicherungsbereich hat. Es geht dabei vornehmlich um die Frage, inwieweit die regulatorische Komplexität die Beratung und die Berufsausübung insgesamt beeinträchtigt hat, zum einen durch erheblichen Zeitaufwand, aber auch durch eine Überfrachtung der Beratungsgespräche und Überforderung des Kunden. All das wirkt sich auch auf die Kostensteigerung in den Agenturen aus.

71 % der Befragten sind der Auffassung, dass die neuen Gesetze sie generell in ihrer Existenz bedrohen, 75 % der Befragten sind sogar der Auffassung, dass die Regulatorik Neugründungen verhindern. Darüber hinaus sehen knapp 50 % der Befragten darin eine Kostensteigerung zwischen 10 % und 20 %, ausgelöst durch die neuen Gesetze.



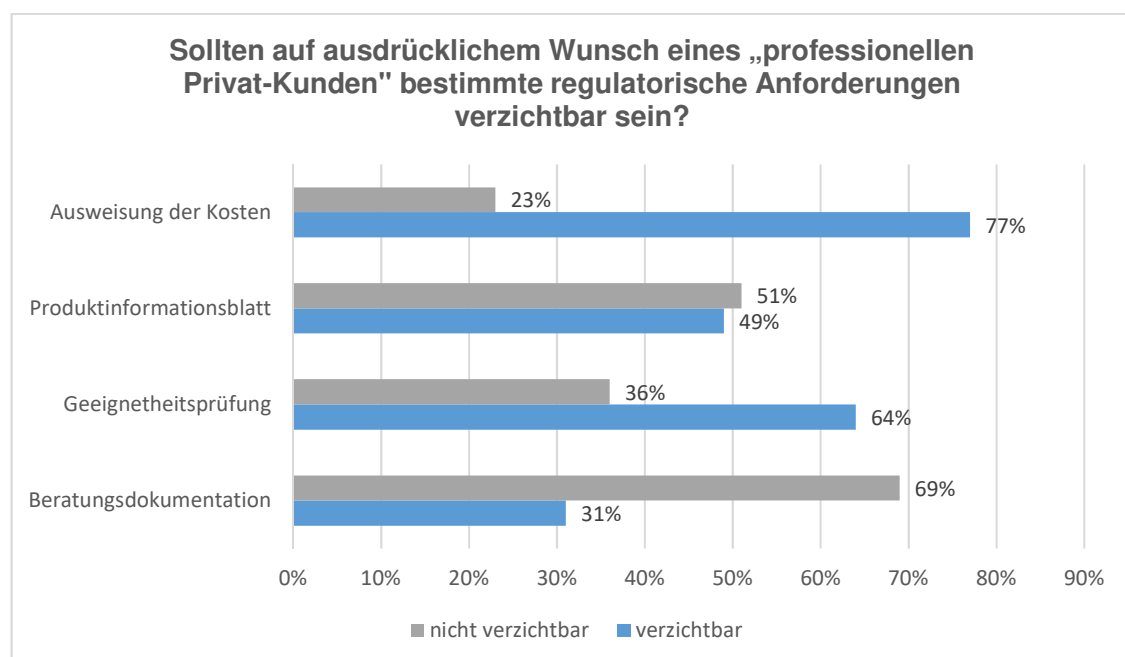
4. IDD und Digitalisierung

Es ist nicht zu verkennen, dass die Versicherungswirtschaft allgemein einen digitalen Schub und Umbruch vollzieht. Dennoch zeigt das Bild bei den befragten Vermittlern, dass die meisten davon ausgehen, dass der Geschäftsprozess durch die Digitalisierung nur wenig beeinflusst wurde. Dies gilt sowohl beim Beratungs- und Vermittlungsprozess selbst als auch bei der Kommunikation mit den Kunden, bei der Kundeninformation und im Rahmen von internen Prozessen.



5. IDD und Kundenschutz

Abgefragt wurde, inwieweit die Teilnehmer der Auffassung sind, dass bei einem professionellen Privatkunden weniger Regulierung zweckmäßig wäre. Hier kommen tatsächlich 78 % der Teilnehmer zu dem Ergebnis, dass sie eine geringere Regulierung befürworten würden. Insbesondere verzichtbar für die meisten Teilnehmer sind die Angaben auf den Produktinformationsblättern, die Geeignetheitsprüfung und die Ausweisung der Kosten. Die Beratungsdokumentation sei jedoch nicht verzichtbar.



Des Weiteren sind fast 75 % der Befragten der Auffassung, dass die Beratung und Vermittlung von Versicherungsprodukten in Bezug auf die Beratung und Vermittlung von Finanzanlageprodukten unterschiedlich geregelt sein sollte. Dieses dürfte die Grundlage darin haben, dass Versicherungsprodukte im Vergleich zu Finanzanlagen grundsätzlich weniger risikobehaftet und langfristig ausgerichtet sind. Unterschiedliche Regelungen zum Verbraucherschutz sind deshalb unabdingbar und verständlich. Durch die Befragung wird noch einmal eindeutig festgehalten, dass die Teilnehmer eine Vermittlung ohne Beratung nicht für verbraucherfreundlich erachten.

Fast 90 % der Befragten sind der Auffassung, dass der Bürger ohne eine Beratung nicht weiß, welche Versicherungen er letztendlich benötigt. 92,1 % sind auch der Auffassung, dass der Bürger sowohl für den Abschluss und als auch für die Fortführung von Versicherungsverträgen generell einen Berater benötigt.

Abschließend wurde noch gefragt, inwieweit die Teilnehmer aus der Sicht der Kunden einen verbesserten Verbraucherschutz sehen. Etwa die Hälfte sehen in der Verpflichtung zur Weiterbildung eine Verbesserung. Im Bereich der Mischsysteme der Provisionen und der Geeignetheitsprüfung sind jedoch die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass hierdurch keine Verbesserung im Verbraucherschutz herbeigeführt werden konnte.

6. Zusammenfassung

Abschließend lässt sich sagen, dass zunächst einmal die Befragung durch EIOPA eigentlich zu früh kommt. Die nationalen Regelungen sind in Deutschland erst seit zwei Jahren in Kraft, so dass sich bislang auch noch keine verlässlichen Daten feststellen lassen. Alle Verbraucher und Vermittlerbefragungen in der Vergangenheit belegen eigentlich, dass die Beratungsqualität auch schon vor der IDD hoch war und zu wenig Haftungsfragen oder Beschwerden geführt hat. Dies gilt auch für die Qualifikation der Vermittler, die auch schon vor der IDD auf hohem Niveau war. Vielmehr sind hohe administrative Belastungen und damit Kostensteigerungen zu beklagen. Das beschleunigte Vermittlersterben mag hier auch als Ergebnis angeführt werden. Es wäre daher zu begrüßen, wenn im Rahmen der Evaluierung der IDD diese Gedanken Berücksichtigung finden würden und zunächst von einer weiteren Regulierung Abstand genommen würde. Es ist nunmehr wichtig, dass der Markt sich beruhigt und der bestehende Verbraucherschutz gelebt wird. Gerade die notwendige und qualitative Beratung durch die Vermittler ist dabei ein nicht zu verkennendes Kriterium.